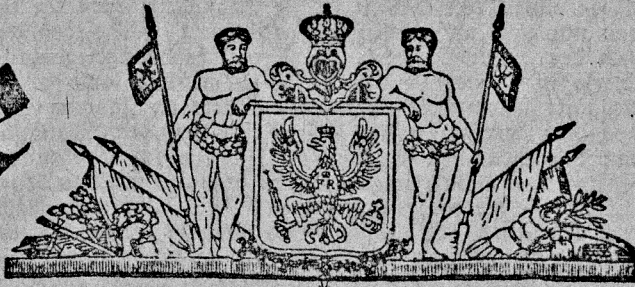


Vossische



Zeitung

Begründet

1784

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkutschettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tagl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 1/2 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteil-): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Bermondts unterstellt sich Eberhard.

Einkehr bei der russischen Westarmee?

Berlin, 15. November. (B. L. B.)

Der Begleiter der Entente-Kommission für das Baltikum Admiral Hopmann, hat Mitteilung erhalten, daß der Führer der russischen Westarmee Awalow-Bermondts sich mit seiner ganzen Armee gestern Nacht dem Befehl des Generals v. Eberhard unterstellt hat. Dieser wird alles versuchen, die geordnete Rückführung der ehemals reichsdeutschen Truppen zu ermöglichen.

Diese Nachricht ist geeignet, großes Aufsehen zu erregen. Immerhin sei erwähnt, daß erst jüngst gemeldet worden ist, General Awalow-Bermondts habe sich Judenitsch und dann, er habe sich den Engländern unterstellt. Die Quelle der neuen Meldung ist allerdings derart, daß sie Anspruch auf Glaubwürdigkeit hat.

B. L. B. meldet: Mit Rücksicht auf die in der Nähe Mitau stattfindenden Kämpfe sind in den letzten Tagen mehrere Bände mit Reichsdeutschen und dem größeren Teil des Personals der deutschen Vertretung von Mitau nach Deutschland abgefahren. Der deutsche Vertreter, Konsul Schmidt, wird mit den wenigen zurückgebliebenen Beamten, solange es die Lage gestattet, in Mitau zurückbleiben. Jedoch muß mit der Möglichkeit der Zurückziehung der deutschen Vertretung gerechnet werden. Die in Aussicht genommene Einschränkung des durch die Übergangszeit bedingt gewesenen Personalbestandes der deutschen Vertretung in Rowno

ist gleichzeitig durchgeführt worden. Hierdurch wird der Bestand der deutschen Vertretung in Rowno etwa um die Hälfte verringert. Die technischen Nebenstellen werden ganz zurückgezogen.

Die englische Russenpolitik.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in Kopenhagen, 15. November.

Die Moskauer „Sowjetstija“ besprechen die unklare und zweideutige Haltung der englischen Ministerium gegenüber der Räteregierung. Die britische Regierung habe gleichzeitig mit einem Abgeordneten der Bolschewiki Verhandlungen gepflogen (wohl wegen der Gefangenfrage), während andere Mitglieder des Londoner Kabinetts (Churchill) sich jeder Möglichkeit von Besprechungen widersetzt haben. Das Blatt glaubt, daß diese Unklarheit der englischen Politik doch zum Vorteil der russischen Räterepublik ausschlagen werde.

Zu den englisch-russischen Besprechungen, die als Rote-Kreuz-Konferenz Ende November in Kopenhagen beginnen werden, wird von russischer Seite Litwinow erscheinen. (Litwinow, der während des Krieges in London lebte, wurde von der britischen Regierung lange Zeit interniert gehalten. Lenin ernannte ihn zum „Gesandten“ der Sowjetregierung, von seiner Anerkennung war aber natürlich nie die Rede.) Er wird in Kopenhagen an Bord eines englischen Torpedobootes gehen, das ihn nach Kopenhagen bringen wird. Dieser Höflichkeitbeweis der Engländer wird hier als Beweis dafür aufgefaßt, daß man von der Konferenz mehr erwartet als nur Verhandlungen über Kriegsgefangenenfürsorge.

Deutscher Wirtschaftsbund.

Offener Brief an Geheimrat Deutsch.

Von
Robert Friedlaender.

Ohne Auftrag — aber gleichwohl im Namen vieler, denen die Gesundung unserer Wirtschaft, die Wiederaufrichtung unseres Volkes, die Entnebelung unserer Hirne am Herzen liegt, danke ich Ihnen für Ihren Aufsatz „Deutschlands Ausverkauf“ vom 9. November. Aus sachlichen und aus prinzipiellen Gründen.

Daß Sie sachlich recht haben, daß Sie den Finger an eine offene Wunde legen, weiß jeder, der in der Wirtschaft steht und nicht blind ist. Ueber „Baluta“ redet heute schon jede Köchin, die eine Büchse Sardinen einkauft. Welche ungeheuerlichen Probleme aber hinter diesem glatten Wort sich verbergen — davon hat kaum der zwanzigste Wirtschaftsführer mehr als eine nebelhafte Vorstellung.

Wir stehen zweifellos vor einer Baluta-Blockade. Schlimmer, verderblicher, als die Hungerblockade war, da ihr Aufhören nicht im Willen einzelner Menschen gelegen, sondern zwangsläufig mit Wollen und Handeln von Millionen verknüpft ist. Das Problem ist freilich reichlich verwickelt. Aber doch gibt es zwei wichtige Angelpunkte, in denen es schwebt: Import — Export.

Jedermann weiß, daß der Import von der Baluta unmittelbar betroffen und der erste Leidtragende eines ungünstigen Balutastandes ist. Und schon ziemlich viele sehen ein — theoretisch wenigstens — daß Sparjamkeit im Verbrauch einzufließender Konsumgüter eines der wirtschaftlichen zehn Gebote ist, die in dieser Fraktur in jedem Schlafzimmerschrank hängen müßten. Was aber freilich den Stoff nicht hindert, amerikanische Zigaretten zu rauchen, das Tippfräulein, sich mit französischem Parfüm in erfreuliche Erinnerung zu bringen, und den Chef, sich einen Anzug aus echt englischem Stoff anfertigen zu lassen, weil, wie der Schneider mit schamloser Gedankenlosigkeit versichert, doch eben die Engländer in Herrenstoffen unerreicht sind.

Daß aber auch jeder, der etwas nach dem Ausland verkauft, größeres zu berücksichtigen hat als nur den engen Kreis seines privaten Vorteils — daß er dadurch für sein Teil am Baluta-Problem mitwirkt und zu seiner Heilung für sein Teil beitragen kann — daß es eine politische und sittliche Frage ist, ob jemand Lokomotiven ins Ausland verkaufen soll und zu welchem Preis: dessen ist sich nur ein ganz geringer Teil deutscher Wirtschaftler bewußt. Noch immer gibt es Händler, die sich ungeheuer tüchtig vorkommen, wenn sie eine Ware ins Ausland mit zehn Prozent Aufschlag auf den Inlandspreis verschmettern — noch immer Fabrikanten, die es unzulässig dünkt, einen ausländischen Kunden zu „überfordern“, weil ein phantastischer Marktpreis herauskommt, selbst wenn der Kunde einen billigeren Franktenpreis zahlt — noch immer acht jeder Industrielle über die unerträgliche Last der hohen Selbstkosten, indem er fasziniert in die Kalkulationsbücher von 1913 starrt, anstatt diese entschlossen zu verbrennen und allein darauf zu sehen, was in der Umwelt geschieht.

Denn, Sie haben es durchaus zutreffend gesagt: die Marktwirtschaft und damit alle Wirtschaftsverhältnisse sind auf den Kopf gestellt. Es gibt für absehbare Zeit in der ganzen Welt keine Absatzfragen mehr, sondern ausschließlich Produktionsfragen. Ein ungeheurer Mangel an Arbeitskraft ist das Feuerzeichen, unter dem die Menschheit für die nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte, steht. Mit einem Schlag sind wir aus der Ära der manchesterlichen, der freien, der Konkurrenzwirtschaft in die Ära der Bedarfswirtschaft getreten.

Damit ändert sich aber auch mit einem Schlag die Rolle des wirtschaftlichen Unternehmers und Leiters. Mit einem Male weitet sich die Enge seines Büros zu Weltbedeutung. Jemandwie ist fast jede seiner Handlungen mit dem Gesamtleben des Volkes verknüpft. Er ist mit einem Male in das Gewirb volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Zusammenhänge verstrickt. Während er früher seine Aufgabe darin sah, wehrhaft um sich zu hauen und den bösen Feind, „die Konkurrenz“, mit List und Kraft zu überkommen und sich einen möglichst breiten Platz an der Sonne zu sichern — sind es heute ganz andere Probleme, die ihn bewegen oder doch bewegen sollten. Früher war die Parole: ins Inland möglichst teuer verkaufen, ins Ausland möglichst billig — heute muß sie umgekehrt lauten. Früher trug der Wirtschaftler nur seine eigene Haut zu Markte

Einschränkung der Kohlenversorgung.

Bevorzugung der Eisenbahnen.

In Uebereinstimmung mit den Ankündigungen des preußischen Handelsministers wird jetzt amtlich mitgeteilt:

Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahnen an Dienstkohlen zu erhöhen, brachten die letzten Wochen nur weitere Verminderung der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen. Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf. Vor dieser fundamentalen Gefahr muß im Augenblick alles andere zurücktreten. Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewaltmittel entschlossen.

Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigsten Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, insbesondere die Großeisenindustrie und der Hausbrand werden stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahmen nicht ausbleiben. Sie zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich.

Zu Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes abzuwenden, ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an anderer Stelle entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr behoben, so können wir hoffen, auch der anderen Gefahren Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Die Ententenote zu den oberschlesischen Wahlen.

Der deutschen Delegation in Paris hat der Oberste Rat folgende Note vom 13. November 1919 überhandelt:

Auf die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten vom 30. Oktober gestellte Frage hat die deutsche Delegation am 7. November geantwortet, daß am 9. November die Gemeindevorwahlen in Oberschlesien abgehalten werden würden. Sie hat gleichzeitig die Gründe dargelegt, aus denen die preussische Regierung über die Bemerkungen der genannten Mächte hinweggehen zu sollen glaubte. Wenn man sich an den Buchstaben des Versailler Vertrages hält, so ist es unbestreitbar, daß der preussische Staat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Verwaltung in dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet ausüben kann. Aber es erregt Verwunderung, daß die preussische Regierung mit der Abhaltung der Wahlen bis zu dem Augenblick gewartet hat, wo das Inkrafttreten des Vertrages, wie die Regierung hat wissen müssen, nahe bevorsteht.

In der Tat werden, wie sich nicht bezweifeln läßt, die unter solchen Umständen vorgenommenen Wahlen, welche die erste Befragung des Volkes seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages darstellen, durch die bestehenden nationalen Parteien dahin ausgelegt werden, daß sie über die Stärke dieser Parteien Anhaltspunkte liefern, die man als maßgeblich für den voraussichtlichen Ausfall der Volksabstimmung verwenden wird. Es ist wahrscheinlich, daß diese Wahlen zum Vorwande einer Treiberei dienen werden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal dieses Landes zu beeinflussen, während die Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattgefunden haben, weit entfernt sind, den Bedingungen zu gleichen, denen die Vornahme der Volksabstimmung unterliegen muß.

Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten und assoziierten Mächte gezwungen, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß sie es als ihr Recht betrachten, die vor dem Inkrafttreten des Friedens und gegen ihre begründete Auffassung in Oberschlesien veranstalteten Gemeindevorwahlen als nichtig und nicht geschehen zu erklären. Die interalliierte Kommission wird veranlaßt werden, bei der Uebernahme ihres Dienstes entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe